

Zurück in den Schoß der Natur . Succow-Stiftung übernimmt neue Flächen

06.01.2008: Greifswald/MVregio Martina Rathke - Im Naturschutzgebiet Lanken am südlichen Ufer des Greifswalder Boddens knarren die Äste, es raschelt in den Sträuchern, Nebel wabert um die Buchenstämme.

Ein Waldspaziergang wird hier seit Herbst 2007 dank der Michael-Succow-Stiftung zu einem sinnlichen Erlebnis mit großem Erkenntniswert. Seitdem führt ein Drache als Symbol für das Werden und Vergehen in der Natur durch das 50 Hektar große Waldstück. Im "Drachenwald" gelangt der Besucher zunächst in das Schattenreich der Buche, dringt in das Pionierreich der Kiefer vor, um dann im moorigen Wasserreich der Erle Gefahr zu laufen, nasse Füße zu bekommen. Im Jahr 2003 übernahm die Stiftung des Alternativen Nobelpreisträgers Michael Succow (Foto) dieses und zwei weitere Gebiete von der BVVG (Bodenverwertungs- und- verwaltungs GmbH). Unter Obhut der Stiftung werden das Naturschutzgebiet Lanken, der Goor auf Rügen und das Bollwinfließ in der Schorfheide seitdem einer ungestörten Entwicklung überlassen.

Neun Jahre nach ihrer Gründung, Ende 2007, hat die Stiftung den Zuschlag für sechs weitere Flächen in Mecklenburg-Vorpommern und zwei Seen in Brandenburg erhalten. In den nächsten Monaten und Jahren führt die Stiftung damit rund 300 weitere Hektar BVVG-Flächen wieder zurück in den Schoß der Natur.

Rechtliche Grundlage sind das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) und künftig die Regelungen über das "Nationale Naturerbe", auf deren Basis die BVVG ehemals DDR- volkseigene Landwirtschafts- und Forstflächen kostenlos an Länder und Stiftungen überträgt. "Diese Gebiete - in Mecklenburg-Vorpommern seit 2001 rund 9800 Hektar - sollen damit langfristig als schützenswerte Gebiete gesichert werden", sagt BVVG-Sprecherin Constanze Fiedler. Mit dem Erwerb entzieht die Succow-Stiftung die Gebiete konsequent wirtschaftlichen und finanzspekulativen Interessen.

"Die neu übernommenen Wald-, Moor und Ackerflächen sollen im Geiste der Stiftung zu historischen Kulturlandschaften zurückgebaut oder einer ungestörten Entwicklung überlassen werden", berichtet der Stiftungsgründer und Vater der Nationalparks. Dabei verfolgt Succow wie 1990, als auf seine Initiative kurz vor dem Untergang der DDR rund sieben Prozent des ostdeutschen Territoriums unter Schutz gestellt wurden, sein ureigenstes Ziel: Die Flächen langfristig vor einem wirtschaftlichen Raubbau zu sichern.

Eines der Gebiete ist ein rund 50 Hektar großes Waldareal mit Adlerbrutplätzen im Trebeltal (Nordvorpommern). Hier soll ein noch mit Fichten und Kiefern durchsetzter Hangwald wieder zu dem ursprünglichen, dichten und urwüchsigen Laubwald heranwachsen. "Dieser Wald mit bis zu 400 Jahre alten Laubbäumen soll den Raubvögeln künftig ideale Brut- und Lebensbedingungen bieten", sagt Succow. Weitere Gebiete wie der Palmer Ort, eine Halbinsel südlich des vorpommerschen Devins, oder die Kooser Wiesen liegen am Ufer des vorpommerschen Boddengewässers. Die früher intensiv genutzten Ackerflächen sollen entweder zu extensiven Weideflächen und damit zu einem Lebensraum für seltene Vögel und Pflanzen oder sukzessive - wie der Palmer Ort - zu einem Refugium des naturnahen Qualitätstourismus umgestaltet werden.

"Gewinne erwirtschaftet die Stiftung mit den Flächen nicht", erklärt Succow, der 1999 mit dem Nobel-Preisgeld von 100 000 DM (rund 50 000 Euro) die Stiftung gründete. Die Übernahme der BVVG-Flächen steht finanziell eher auf der Soll- als auf der Habenseite. Rund 30 Euro muss die Stiftung laut Succow dafür pro Jahr und Hektar an Grundsteuern, Abgaben für den Wasser- und Bodenverband oder auch an Notariatskosten berappen. Zudem plant die Stiftung in einigen Gebieten, Aussichtsplattformen oder Natur-Themenpfade für die Besucher zu errichten.

Seit Gründung hat sich das Stiftungskapital mit einer aktuellen Summe von rund 173 000 Euro mehr als verdreifacht, wie Succow berichtet. Die Hauptaktivitäten der Succow-Stiftung liegen mittlerweile im Ausland, in Aserbaidschan, China und Russland, wo mit Succows Hilfe mittlerweile mehr als 20 Nationalparks initiiert wurden. Im Mai 2008 will die Stiftung im Goor auf Rügen einen Themenpfad der "Muße und Erkenntnis" eröffnen. Hier soll der Besucher dann entlang unterschiedlichster Waldtypen, imposanten Bäumen, Hügelgräbern und einstigen Siedlungsflächen, das Natur- und Kulturerbe der Insel hautnah erleben können.

MVregio Landesdienst red/korr

.

Energie: Konzerne verkaufen Atomstrom als Ökostrom

Es ist ein legaler Trick, doch die Verbraucher werden getäuscht: Energiekonzerne produzieren Atomstrom, etikettieren ihn aber einfach in Ökostrom um – dank eines schwunghaften Handels mit Ökozertifikaten.

Verbraucherschützer haben einen guten Tipp, wie sich umweltbewusste Kunden davor schützen können.

Der Bundesverband der Verbraucherzentralen und Greenpeace haben einigen Stromversorgern Etikettenschwindel mit Ökostrom vorgeworfen. Die Praxis, Atom- oder Kohlestrom durch den Handel mit Umweltzertifikaten auf dem deutschen Markt als Ökoenergie zu verkaufen, sei „Betrug am Verbraucher“, sagte Robert Werner von Greenpeace Energy.

„Der Spiegel“ schrieb, das sogenannte Renewable Energy Certificate System (RECS) ermögliche es einem Stromversorger, beispielsweise an der Börse für 7 Cent je Kilowatt aus dem AKW Krümmel einzukaufen und diesen für 0,05 Cent mit einem Zertifikat eines norwegischen Wasserkraftwerks zu veredeln. Dessen Betreiber muss die

entsprechende Menge seines Ökostroms in konventionellen umetikettieren. Der deutsche Versorger darf dann seinen Graustrom als Ökostrom vermarkten.

Thorsten Kasper von der Verbraucherzentrale bezeichnete das dem „Spiegel“ zufolge als „reinen Verschiebebahnhof“. Uwe Leprich von der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes sagte dem Nachrichtenmagazin, es handele sich eine Täuschung des Verbrauchers: Der meine, für sein Geld würden neue Windräder oder Solaranlagen installiert. „Tatsächlich landet sein Geld größtenteils beim Atom- oder Kohlekraftwerksbetreiber. Womöglich wird mit dem grünen Label auch noch die nächste Preiserhöhung kaschiert.“ Ähnlich äußerte sich Werner von Greenpeace Energy. Das Geld des Kunden lande nicht bei sauberen Kraftwerken. Im Grunde gehe es bei der RECS-Problematik um die Frage, was glaubwürdiger Ökostrom sei. Sein Unternehmen lehne dieses System ab.

Thorben Becker vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) äußerte sich zurückhaltender. Zwar sehe er nicht, wo der Sinn einer solchen Praxis liege. Besser seien direkte Lieferverträge von Anbietern mit den Produzenten erneuerbarer Energien, sagte er der AP. Doch wäre das System im Grunde in Ordnung, wenn es denn wirklich funktioniere. Produzenten etwa von Strom aus Wasserkraft in Norwegen oder Frankreich hielten sich aber nicht an die Vorgabe, ihren Kunden nach dem Verkauf eines Zertifikats auch darüber zu informieren, dass sie nicht mehr das Recht hätten, ihren Strom als Ökostrom zu bezeichnen.

Kasper kritisierte laut „Spiegel“, das RECS mache Angebote erst möglich, bei denen angeblich auf einen Schlag ganze Städte komplett mit Ökostrom versorgt werden – „auf dem Papier, ohne dass auch nur eine zusätzliche Kilowattstunde davon erzeugt wird“. Das Nachrichtenmagazin nannte als Beispiel die Stadtwerke Kassel. Diese werben damit, dass seit November alle Kasseler Haushalte sauberen Naturstrom erhalten. „Als erste Großstadt in ganz Deutschland ist Kassel jetzt Vorreiter für umweltgerechte Stromerzeugung“, heißt es auf deren Homepage. „Etliche Versorger zeihen derzeit nach“, schrieb das Nachrichtenmagazin.

Mitglieder des RECS sind nach Angaben auf dessen Homepage unter anderem Tochterfirmen der großen Energiekonzerne RWE, E.ON und Vattenfall.

Montag, 07. Januar 2008 | Mecklenburg-Vorpommern

Kraftwerk Lubmin: Jetzt droht Streit über Vogelschutz

Schwerin/Brüssel (OZ) Kippt Brüssel den Bau des umstrittenen Steinkohlekraftwerks Lubmin? Noch in diesem Monat muss das Schweriner Umweltministerium der EU-Kommission eine korrigierte Fassung über Vogelschutzgebiete in Mecklenburg-Vorpommern melden. Darin enthalten sind auch Gebiete am geplanten Kraftwerksstandort am Greifswalder Bodden. Wie ein Sprecher von Umweltminister Till Backhaus (SPD) der OZ bestätigte, wird das Landeskabinett am 15. Januar über eine entsprechende Vorlage beraten.

Laut Ministerium muss das Areal bei Lubmin, das direkt an das Planungsgebiet des dänischen Investors Dong Energy grenzt, unter Schutz gestellt werden, weil es bereits Mitte der 90er-Jahre als Schutzgebiet ausgewiesen war. Brüssel schreibe vor, dass sich die Bedingungen der Vögel nicht verschlechtern dürften. Bei Lubmin brüten und rasten insgesamt 50 Vogelarten, unter ihnen der Alpenstrandläufer, die Brandseeschwalbe und der Goldregenpfeifer. Ob und inwieweit das Kraftwerk die Vögel etwa durch Kühlwasser oder Emissionen beeinträchtigt, müsse jetzt von den Genehmigungsbehörden geprüft werden, erklärte ein Sprecher Backhaus'.

Nach Ansicht von Ex-Umweltminister Wolfgang Methling (Linkspartei) bekommt Schwerin durch die Nachmeldung „ein formales und methodisches Problem“. Die EU-Kommission werde sich „kaum gefallen lassen, dass die Landesregierung allein aus wirtschaftlichen Gründen nach wie vor das ein oder andere Gebiet ausklammert“. Methling: „Der Vogelschutz kann zum Stolperstein für das gesamte Genehmigungsverfahren werden. Vögel halten sich nicht an theoretische Grenzen. Für mich steht die Genehmigung des Kraftwerks noch nicht fest.“

Arndt Müller vom Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) geht in seiner Kritik weiter. Er wirft dem Umweltministerium vor, Brüssel mutwillig zu wenige Gebiete melden zu wollen. „Es kann nicht angehen, dass Schwerin in der entscheidenden Phase des Genehmigungsverfahrens bei den Grenzen von Vogelschutzgebieten aufgrund eigener Interessen hin und her hüpf“, so Müller.

Der Berliner Rechtsanwalt Peter Kremer, Rechtsbeistand der Umweltschutzverbände BUND, NABU und WWF, sagte der OZ: „Sollte die EU-Kommission verlangen, dass das Vogelschutzgebiet auf den Anlagenstandort ausgedehnt wird, wäre dies sicherlich das Ende der Genehmigungsplanung, weil die Errichtung eines Kraftwerks innerhalb eines Vogelschutzgebietes wohl sehr sicher ausgeschlossen werden kann.“

JÖRG KÖPKE

Montag, 07. Januar 2008 | Insel Usedom links

Dehoga will Klarheit von Dong Energy

Ostvorpommern Der Kreisverband des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (Dehoga) hat sich schriftlich an Dong Energy, den Investor des Steinkohlekraftwerkes in Lubmin, gewandt, um eine Klärung der momentan noch

offenen Fragen und über mögliche Risiken zu bekommen. Außerdem ist ein vorläufiger Forderungskatalog erstellt worden, um kein Gefährdungspotential für den Tourismus jetzt und in Zukunft zu bekommen. Darüber informierte am Wochenende Uwe Hanusch im Namen des Regionalverbandes. Der Kreisverband habe sich in den vergangenen Wochen intensiv mit dem Thema Steinkohlekraftwerk beschäftigt und eine Umfrage unter seinen Mitgliedern gestartet. Da jedoch weniger als 20 Prozent ihre Stimmen abgegeben haben, lasse sich daraus kein abschließendes Urteil bilden, so Hanusch. Es seien zwar deutliche Ablehnungen gekommen, aber es habe sich auch gezeigt, dass aufgrund der Komplexität des Themas sich viele noch keine endgültige Meinung gebildet hätten. Aufgrund der fehlenden Informationen zu möglichen Risiken sieht der Dehoga- Kreisverband das Projekt Steinkohlekraftwerk als sehr kritisch an, würde sich aber nicht komplett ablehnend verhalten. Man gehe davon aus, dass in einem rechtsstaatlichen System die Genehmigungsfähigkeit mit hoher Fachkompetenz geprüft werde. Der Verband fordert indes klare Aussagen darüber, ob durch den Kraftwerksbau Risiken für die Wasser-, Luft- und Lebensqualität in der Region dauerhaft ausgeschlossen werden. **Wie Hanusch mitteilt, gäbe es auch Hoteliers, die durch das Vorhaben deutlich profitieren könnten. Auch diese Interessen seien deshalb in die vorläufige Abwägung mit eingeflossen. I. N.**

Dienstag, 08. Januar 2008 | Leserforum

Regenerative Energien nutzen

Zum geplanten Kohle-Kraftwerk in Lubmin meint Karl Heinz Winkler aus Bexbach: Eine möglichst vollständige Abwärmenutzung ist mit Großkraftwerken technisch nicht möglich, da das Verteilungsgebiet durch Wärmeverluste in den Rohrsystemen begrenzt ist. Eine effiziente Nutzung des Wärmeinhalts der Kohle ist nur in dezentralen Heizkraftwerken möglich. Der Schadstoffausstoß wird trotz Filterung enorm sein. Unter anderem werden Millionen Tonnen des Klimakillers CO₂ emittiert. Wenn wir eine umweltschonende und volkswirtschaftlich vernünftige Energieversorgung wollen, sollten wir auf Energieeinsparung und den Ausbau erneuerbarer Energien hinarbeiten.

Gerhard Scholz per Mail:

Prinzipiell sind Kohlekraftwerke eine Technik des 19./20. Jahrhunderts. Natürlich hat sich im Laufe der Jahrzehnte durch die Entwicklung von Wissenschaft und Technik der Gesamtwirkungsgrad verbessert. Natürlich wurde auch der Schadstoffausstoß reduziert. Aber selbst in dem modernen Steinkohlekraftwerk von Rostock werden nur 43,2 Prozent des Kohle-Energiepotenzials in Elektroenergie umgewandelt. Ist das Effizienz angesichts des zu Ende gehenden Kohlevorrats in der Welt? Die Alternative kann nur im Energiepotenzial zu suchen sein, das auf unabsehbare Zeit zur Verfügung steht. Tausende Arbeitsplätze könnten durch die Umstellung der deutschen Energiewirtschaft auf regenerative Energien geschaffen werden.

Herbert Einbrodt, Greifswald:

Wer sich einbildet, dass MV und seine Menschen hauptsächlich vom Tourismus leben können, der irrt. Das Land braucht einen Mix aus Industrialisierung und Tourismus. Und Industrialisierung braucht Elektroenergie. Wer den Bedarf nur mit Wind-, Solar- oder Biogasanlagen decken will, irrt das zweite Mal. Diese Stromerzeuger können den Bedarf nicht decken.

B. Richter, Rostock:

MV ist ein bedeutendes Tourismusland. Also muss alles getan werden, damit die Urlauber nicht eines Tages wegbleiben. Durch ein neues, großes Kraftwerk werden sie aber abgeschreckt.

Autobahnanbindung für Lubmin?!

Dienstag, 08. Januar 2008 | Insel Usedom links

Minister bei Beratung zum Industriestandort Lubmin

Lubminer Heide Auf dem Gelände der Energiewerke Nord in Lubmin findet morgen um 12 Uhr ein Hintergrundgespräch der am Industriestandort ansässigen Firmen mit Landes-Verkehrsminister Otto Ebnet (SPD) statt. Organisiert hat die Runde der Unternehmerverband Vorpommern. Deren Vorsitzender Gerold Jürgens: „Wir wollen mit dem Minister besprechen, wie ein sinnvoller Ausbau der Infrastruktur in Lubmin aussehen muss.“ Mit der weiteren Entwicklung des Standortes werde die Verkehrsbelastung in der Region künftig weiter wachsen. „Wir benötigen hier gute Lösungen. Damit die Staus in den kleinen Orten nicht zunehmen, brauchen wir eine ordentliche Anbindung über Wolgast oder Greifswald“, betonte Jürgens. Außerdem wollen die Unternehmer morgen über den aktuellen Sachstand beim Projekt Steinkohlekraftwerk Lubmin diskutieren. A.L.

Hallo Freunde,

hier sind die meisten Adressen, an die ich folgende Bemerkungen geschickt habe, natürlich auch in abgewandelter Form hinsichtlich der Ansprache. Auch den Peter Münchhausen habe ich gezielt beigefügt.

Gruß Eberhard

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum SKK Lubmin merke ich folgendes an:

„Die EU-Mitgliedsstaaten haben bei der nationalen Ausgestaltung des Emissionshandels jeweils eigene Schwerpunkte gesetzt, unter anderem geprägt von Einzelinteressen und Besonderheiten der inländischen Unternehmen. Grenzüberschreitend betrachtet, kann das zu Fehlanreizen führen, wie ein hypothetisches Beispiel zeigt: Ein zusätzliches 800-MW-Steinkohlekraftwerk, das Strom nach Dänemark liefert, aber in Deutschland gebaut wird, würde pro Jahr 3,6 Mio. t CO₂ emittieren. Diese Menge stünde den übrigen Industriebetrieben in Deutschland also nicht zur Verfügung. Der Gegenwert der Emissionen von über 70 Mio. EUR pro Jahr wäre für die dänische Industrie ein Gewinn, für die deutsche dagegen ein Verlust.“

Quelle:

http://www.co2-handel.de/article58_2018.html

Falls die 2 von DONG Energy beantragten Kraftwerksblöcke mit je 800 MW in Lubmin genehmigt würden, bekäme Dänemark von Deutschland jährlich über 140.000.000,- € geschenkt.

Mit freundlichen Grüßen

Eberhard Meißner, Straße der Freundschaft 1, 17498 Dersekow

Für Frau Merkel hatte ich ein paar Zeilen mehr übrig:

InternetPost@bundesregierung.de

Saubere Steinkohlekraftwerke in Lubmin von DONG Energy

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

zum SKK Lubmin, welches Sie als Vorsitzende der Bundes-CDU in Ihrer bemerkenswerten und überzeugenden Rede auf dem Landesparteitag in Binz so sauber geredet haben, merke ich folgendes an:

„Die EU-Mitgliedsstaaten haben bei der nationalen Ausgestaltung des Emissionshandels jeweils eigene Schwerpunkte gesetzt, unter anderem geprägt von Einzelinteressen und Besonderheiten der inländischen Unternehmen. Grenzüberschreitend betrachtet, kann das zu Fehlanreizen führen, wie ein hypothetisches Beispiel zeigt: Ein zusätzliches 800-MW-Steinkohlekraftwerk, das Strom nach Dänemark liefert, aber in Deutschland gebaut wird, würde pro Jahr 3,6 Mio. t CO₂ emittieren. Diese Menge stünde den übrigen Industriebetrieben in Deutschland also nicht zur Verfügung. Der Gegenwert der Emissionen von über 70 Mio. EUR pro Jahr wäre für die dänische Industrie ein Gewinn, für die deutsche dagegen ein Verlust.“

Quelle:

http://www.co2-handel.de/article58_2018.html

Falls die 2 von DONG Energy beantragten Kraftwerksblöcke mit je 800 MW in Lubmin genehmigt würden, bekäme Dänemark von Deutschland jährlich über 140.000.000,- € geschenkt.

Der Landesvorsitzende Ihrer Partei, Herr Seidel hat in seiner Eigenschaft als Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus des Landes Mecklenburg-Vorpommern öffentlich verkündet, dass er sich durch die Investition des dänischen Staatskonzerns Einnahmen von 10 Millionen Euro für die Kommunen erhofft.

2008 ist u. a. das Jahr der Mathematik.

Mit freundlichen Grüßen

Eberhard Meißner, Straße der Freundschaft 1, 17498 Dersekow

Gästebuch der Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Minister Michael Glos

Scharnhorststr. 34-37 10115 Berlin

Fax 030-18615-7030

Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Staatssekretär III Dr. Joachim Wuemeling

Fax 030-18615-5144

Bundesministerium für Umweltschutz, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Minister Erzenget Gabriel

11055 Berlin

Fax 030-18305-2044

service@bmu.bund.de

Bundesministerium der Finanzen

Wilhelmstr. 97

10117 Berlin

Fax 030-18682-3260

Bürgerangelegenheiten

buergerreferat@bmf.bund.de

Staatskanzlei von Herrn MP Dr. Ringstorff poststelle@stk.mv-regierung.de

Finanzministerium poststelle@fm.mv-regierung.de

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus poststelle@wm.mv-regierung.de

Invest in Mecklenburg Vorpommern sturm@invest-in-mv.de

Ministerium für Landwirtschaft,

Umwelt und Verbraucherschutz poststelle@lu.mv-regierung.de

Ministerium für Verkehr, Bau

und Landesentwicklung

Mecklenburg-Vorpommern poststelle@vm.mv-regierung.de

Die Landtagspräsidentin und ihre Stellvertreter:

poststelle@landtag-mv.de

spd-mv-sylvia.bretschneider@t-online.de

holznagel@cdu.landtag-mv.de

a.bluhm@dielinke.landtag-mv.de

Landtagsabgeordnete:

t.backhaus@lm.mv-regierung.de Diese E-Mail-Adresse ist ungültig, obwohl auf der website des Landtages angegeben. Es gelten folgende Adressen:

t.backhaus@lm.mvnet.de

buergerbuero.till.backhaus@t-online.de

norbert.baunach@spd.landtag-mv.de

buergerbuero-norbert.baunach@web.de

rudolf.borchert@spd.landtag-mv.de

mathias.brodkorb@spd.landtag-mv.de

reinhard.dankert@spd.landtag-mv.de

info@joerg-heydorn.de

klaus-michael.koerner@spd.landtag-mv.de

detlef.mueller@spd.landtag-mv.de

heinz.mueller@spd.landtag-mv.de

heinz.mueller@spd.landtag-mv.de

angelika.peters@spd.landtag-mv.de

heike.polzin@spd.landtag-mv.de

harald.ringstorff@stk.mv-regierung.de

ute.schildt@spd.landtag-mv.de

volker.schlotmann@spd.landtag-mv.de

jochen.schulte@spd.landtag-mv.de

thomas.schwarz@spd.landtag-mv.de

margret.seeman@landtag-mv.de

wahlkreisbuero_selling@t-online.de

martina.tegtmeier@spd.landtag-mv.de

info@gottfried-timm.de

gerd.zielenkiewitz@spd.landtag-mv.de

caffier@cdu.landtag-mv.de

glawe@cdu.landtag-mv.de

jaeger@cdu.landtag-mv.de

kokert@cdu.landtag-mv.de

kuhn@cdu.landtag-mv.de

lenz@cdu.landtag-mv.de

lietz@cdu.landtag-mv.de

liskow@cdu.landtag-mv.de

lochner-borst@cdu.landtag-mv.de

loettge@cdu.landtag-mv.de

reinhardt@cdu.landtag-mv.de

ringguth@cdu.landtag-mv.de

ruehs@cdu.landtag-mv.de

schlupp@cdu.landtag-mv.de

seidel@cdu.landtag-mv.de

stein@cdu.landtag-mv.de

karinstrenz@freenet.de

timmm@cdu.landtag-mv.de

vierkantg@cdu.landtag-mv.de

storch@cdu.landtag-mv.de
waldmueller@cdu.landtag-mv.de
i.mueller@dielinke.landtag-mv.de
w.methling@dielinke.landtag-mv.de
r.lueck@dielinke.landtag-mv.de
m.linke@dielinke.landtag-mv.de
g.mestan@dielinke.landtag-mv.de
b.borchardt@dielinke.landtag-mv.de
a.gramkow@dielinke.landtag-mv.de
t.koplin@dielinke.landtag-mv.de
h.holter@dielinke.landtag-mv.de
schnur@fdp-fraktion-mv.de
roolf@fdp-fraktion-mv.de
reese@fdp-fraktion-mv.de
ratjen@fdp-fraktion-mv.de
leonhard@fdp-fraktion-mv.de
f.tack@dielinke.landtag-mv.de
b.schwebs@dielinke.landtag-mv.de
p.ritter@dielinke.landtag-mv.de

Es soll mal keiner sagen, er hätte es nicht gewusst.